

5. Dezember 2011

An die Premierminister und Staats- und Regierungschefs der EU

Schlüsselbotschaften von EAPN an den Rat vom 8.-9. Dezember

Die EU ist in Gefahr: Priorität für Solidarität und eine integrative Strategie Europa 2020

- 1) Vorrang für Solidarität und ein Europa mit einer Geschwindigkeit**
- 2) Verteidigung einer sozialen und demokratischen EU**
- 3) Europa 2020 als übergreifende Strategie**
- 4) Bekämpfung der sozialen Auswirkungen der Krise und der zunehmenden Armut, Ungleichheit und sozialen Ausgrenzung durch konkrete Maßnahmen, die auf der integrierten aktiven Eingliederung, sozialen Investitionen und einem New Deal beruhen und multidimensionale Lösungen für alle Gruppen fördern**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Am 8. und 9. Dezember wird der Europäische Rat tagen, um über Vorschläge zur Lösung der Krise in der Eurozone und die ersten Maßnahmen des kommenden Wirtschaftssemesters zu diskutieren. Kurz zuvor, am 23. November, hat die Kommission das Paket zum Jahreswachstumsbericht 2012 angenommen.

Im Zusammenhang mit dem Jahreswachstumsbericht begrüßt EAPN folgende Aspekte unter Vorbehalt:

- Das Eingeständnis, dass Sparmaßnahmen das Wachstum gefährden können und die Anerkennung, dass flexiblere Ansätze nötig sind, die das Potential für Anreizpakete erschließen;
- Die Anerkennung, dass Sparmaßnahmen mit Fairness auszugleichen sind und dass berücksichtigt werden muss, wie sich die Auswirkungen der vorgeschlagenen Maßnahmen verteilen;
- Die Bestätigung, dass Kürzungen bei den Ausgaben durch höhere Einnahmen gemildert werden müssen, insbesondere durch eine gerechtere, effektivere und effizientere Besteuerung;
- Eine Unterstützung, um Jugendarbeitslosigkeit und die sozialen Auswirkungen anzugehen, auch, wenn die vorgeschlagenen Maßnahmen unzureichend sind;
- Der Vorschlag zur Stabilität der EU oder Eurobonds als Mittel, um die Schuldenlast zu verteilen und die Vorherrschaft des Marktes und der Kreditagenturen zu verhindern.

Diese Verbesserungen spiegeln die Vorarbeit zum jüngsten EPSCO-Rat wider (Ansichten des Sozialschusausschusses zu Europa 2020 und der Krise). Zwar begrüßt EAPN unter Vorbehalt

die Verbesserungen im neuen Jahreswachstumsbericht)¹, die auf eine Stärkung der sozialen Dimension abzielen, doch bestehen Zweifel, was diese Vorschläge wirklich angesichts allgemeiner Kürzungen bei den Sozialschutzausgaben erreichen können.

Die Mitglieder von EAPN sind der Ansicht, dass Europa 2020, integratives Wachstum und die Armutsziele immer stärker den vorherrschenden politischen Aktivitäten zur Euro-Stabilisierung untergeordnet werden, bei denen Defizite und Schulden hauptsächlich durch eine sozialschädliche Finanzkonsolidierung verringert werden, wodurch zusehends größere Armut, Ausgrenzung und Ungleichheit entstehen. Dies ist als soziale Lösung für die Krise inakzeptabel.

Die neue Eurobarometer-Erhebung (28. November) zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger der EU den EU-Maßnahmen ein vernichtendes Zeugnis ausstellen – fast neun von zehn Befragten sind der Meinung, dass die Armut im letzten Jahr größer geworden ist. 75 % geben an, dass nicht genug getan wird, um Armut zu bekämpfen (84 % in den neuen Mitgliedstaaten und 73 % in der EU-15). Noch besorgniserregender ist der bedeutende Einbruch bei der Anzahl der Personen, die der Meinung sind, dass die EU positive Veränderungen erzielt (78-62 % 2009, jetzt 67-48 %), insbesondere im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung (Rückgang von 70 % im Jahr 2009 auf jetzt 55 %) und bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie im Kampf gegen Arbeitslosigkeit (Rückgang von 72 % auf 55 %). Kann es sich die EU leisten, ihre Bürgerinnen und Bürger weiterhin von einer EU zu entfremden, die immer stärker die Interessen einer mächtigen Minderheit zu vertreten scheint?

Die Entscheidungen zur Schuldenkrise werden auch als zunehmend undemokratisch empfunden bzw. als angeleitet von einem engstirnigen nationalen Eigennutz, wobei die Interessen einer Handvoll dominanter Mitgliedstaaten gegen den Grundsatz der Solidarität mit ärmeren Ländern und Regionen verteidigt werden und wichtige Entscheidungen hinter verschlossenen Türen und ohne die Gemeinschaftsmethode getroffen werden. Die Wiederherstellung des Vertrauens und eines partizipativen und demokratischen Prozesses stellt jetzt eine dringende Priorität dar.

Die Botschaften von EAPN an den Rat müssen durch eine kohärente und integrierte Strategie Europa 2020 umgesetzt werden, mit konkreten Maßnahmen zur Reduzierung von Armut, Ausgrenzung und Ungleichheit.

1) Vorrang für Solidarität und ein Europa mit einer Geschwindigkeit

Ein der EU zugrunde liegendes Prinzip ist die Unterstützung schlechter entwickelter Regionen. Aufgrund des von den Märkten ausgehenden Drucks scheint es jedoch eine immer stärkere Tendenz zu geben, ärmere Regionen, die nicht auf gleiche Weise vom Euro profitiert haben, im Stich zu lassen. Europa kann mit drei Geschwindigkeiten nicht funktionieren: Es kann nicht für die Interessen der reichsten Länder und Märkte arbeiten, zum Nachteil der ärmeren Regionen und Menschen. Zur Bewältigung der Schulden und der Defizite ist eine geteilte Verantwortung entscheidend, und zwar auf eine Weise, die nicht den sozialen Zusammenhalt zerstört. Wir fordern die Entscheidungsträger in der EU zu Folgendem auf:

¹ EAPN bereitet eine genauere Analyse und Stellungnahme zum Jahreswachstumsbericht-Paket für Anfang Januar vor.

- Einsatz dafür, dass der Grundsatz der Solidarität Herzstück der EU-Verträge ist;
- Verteidigung des Europas mit einer Geschwindigkeit und Vereinbarung einer nachhaltigen, gemeinsamen Lösung für die Bewältigung der Schulden, die alle Länder in der Eurozone belässt und mit Unterstützung der EZB die Vorschläge für Eurobonds umsetzt;
- Unterstützung einer flexiblen Reduzierung von Schulden/Defiziten, die den Sozialschutz und öffentliche Dienstleistungen nicht untergräbt, wobei der Vorschlag abzulehnen ist, ärmere Regionen, die Schwierigkeiten bei der Reduzierung von Schulden/Defiziten haben, mit Sanktionen, die Strukturfondsunterstützung entziehen, doppelt zu bestrafen.

2) Verteidigung einer sozialen und demokratischen EU

Die Gemeinschaftsmethode stellt die dreiseitige Beteiligung von Akteuren sicher – Kommission, Rat und Europäisches Parlament. Die wichtigsten Entscheidungen werden aber gänzlich außerhalb dieses Prozesses getroffen. Nationale Parlamente und das Europäische Parlament scheinen nur minimal beteiligt zu sein. Auch gibt es keine effektive Beteiligung der wichtigen Akteure (wie Sozialpartner, lokale und regionale Behörden, NRO und Menschen, die von Armut betroffen sind), z.B. an den Nationalen Reformprogrammen. Dies ignoriert auf schockierende Weise, dass Verantwortlichkeit nötig ist und zerstört das Vertrauen in die Teilhabe und den demokratischen Prozess, wodurch die Glaubwürdigkeit der EU untergraben wird: Wir fordern die Entscheidungsträger in der EU zu Folgendem auf:

- Bestätigung der Gemeinschaftsmethode als wichtigstes Mittel der Entscheidungsfindung und keine Abkommen im Hinterzimmer;
- Direkte Beteiligung und stärkere Rolle der Parlamente auf nationaler und europäischer Ebene;
- Beteiligung der Basis: Realisierung des Potentials der Offenen Methode der Koordinierung, indem Akteure auf nationaler Ebene systematisch an den Nationalen Reformprogrammen und Sozialberichten beteiligt werden (z.B. durch Unterstützung der nationalen Plattformen zur Bekämpfung der Armut).

3) Europa 2020 als übergreifende Strategie

Die EU verliert ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie sich weiterhin nur auf die Wirtschaft als Selbstzweck konzentriert. Selbst die Maßnahmen zur Reduzierung der öffentlichen Schulden und Defizite können nicht ohne Rücksicht auf Fairness und die sozialen Auswirkungen, insbesondere die längerfristigen sozialen und wirtschaftlichen Kosten, durchgeführt werden. Wir fordern die Entscheidungsträger in der EU zu Folgendem auf:

- Europa 2020 muss wieder ganz klar die übergreifende Strategie werden – umzusetzen durch kohärente, ausgewogene, makroökonomische, beschäftigungspolitische, soziale und umweltpolitische Ziele;
- Vorrang und Sichtbarkeit für die Umsetzung der vereinbarten Ziele, insbesondere des Armutsziels (das aktuell um 8 Millionen verfehlt wird) und Vereinbarung eines gemeinsamen Prozentsatzes bezüglich der Armutsreduzierung für alle Mitgliedstaaten;
- Vereinbarung länderspezifischer Empfehlungen für alle Ziele/Prioritäten – die Überwachung des Armutsziels muss auf allen Stufen sichtbar sein.

4) Bekämpfung der sozialen Auswirkungen der Krise und der zunehmenden Armut, Ungleichheit und sozialen Ausgrenzung durch konkrete Maßnahmen, die auf der integrierten aktiven Eingliederung, sozialen Investitionen und einem New Deal beruhen und multidimensionale Lösungen für alle Gruppen fördern.

Die Vorschläge zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (insbesondere die Initiative „Chancen für junge Menschen“) werden begrüßt. Gleiches gilt für die Maßnahmen, die die sozialen Auswirkungen verringern sollen, indem die Stabilisierungsrolle des Sozialschutzes anerkannt wird, für den Vorrang, der der aktiven Eingliederung eingeräumt wird (wobei es hier nur zwei Säulen gibt, d.h. eine adäquate Einkommensunterstützung fehlt) sowie für die Maßnahmen zu grundlegenden Dienstleistungen. Doch dies ist noch nicht weitreichend genug. Wir fordern die Entscheidungsträger in der EU zu Folgendem auf:

- Dringliche und systematischere Ex-Ante- und Ex-Post-Bewertung der Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzpolitik und weiterer Europa 2020-Maßnahmen, um die negativen kurz- und langfristigen sozialen Auswirkungen der aktuellen EU-Maßnahmen einzuschränken. Dies führt auch zu transparenteren öffentlichen Debatten;
- Sicherung der Sozialschutzsysteme und Anhebung der Mindesteinkommen als entscheidende Anreizmaßnahmen, die die sozialen Rechte verteidigen und eine positive Auswirkung auf Wachstum, Beschäftigung und Eingliederung haben²;
- Beharren auf einer ausgewogenen Defizitreduzierung mit einem Schwerpunkt auf einer gerechten Besteuerung – insbesondere eine progressivere Einkommensteuer, die auf das reichste ein Prozent abzielt, die Verhinderung einer regressiven Mehrwertsteuer und konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerumgehung;
- Sofortige Einigung auf einen integrierten New Deal, der qualitativ hochwertige grüne und soziale Jobs schafft, den Zugang für alle durch eine integrierte aktive Eingliederung sicherstellt und Mindesteinkommen/Sozialschutz und qualitativ hochwertige, zugängliche öffentliche Dienstleistungen verteidigt;
- Verankerung multidimensionaler europäischer und nationaler Strategien für den Zugang zu Rechten, Mitteln und Dienstleistungen für alle, während des gesamten Lebenszyklus, die die Eingliederung von ethnischen Minderheiten, Migranten, Kranken, Menschen mit Behinderungen, Langzeitarbeitslosen und Obdachlosen sicherstellen, auf integrierten nationalen Sozialberichten beruhen und zu den vereinbarten gemeinsamen Zielen der OMK im Bereich Sozialschutz und soziale Eingliederung beitragen;
- Unterstützung des Vorschlags der Kommission, 20 % des ESF für die Erreichung des Armutsziels zu transferieren, und Sicherstellung, dass Organisationen der Zivilgesellschaft Zugang haben.

Wir hoffen, dass Sie unsere Vorschläge berücksichtigen und begrüßen jede Möglichkeit, die Diskussionen mit Ihnen fortzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen,



Ludo Horemans
Präsident



Fintan Farrell
Vorsitzender

Cc:

Herman Van Rompuy, Präsident des Europäischen Rates
Donald Tusk, Präsident des Rates der Europäischen Union
Jerzy Buzek, Präsident des Europäischen Parlaments
José Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission

Siehe auch die EAPN-Analyse der Nationalen Reformprogramme:

<http://www.eapn.eu/images/stories/docs/NRPs/nrp-report-final-en.pdf>

² In aktuellen Untersuchungen der Universität Antwerpen (Belgien) werden die Kosten zur Sicherstellung eines adäquaten Mindesteinkommens in allen 27 Mitgliedstaaten, das über der europäischen Armutsschwelle liegt, mit 130 Milliarden Euro berechnet. Auf den ersten Blick erscheinen diese Kosten hoch, doch stellen sie nur 1,12 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der 27 Mitgliedstaaten im Jahr 2009 dar bzw. 1 % des EU-Haushalts für dieses Jahr. Über zehn Jahre verteilt, im Rahmen der Strategie Europa 2020, würde es sich nur um eine Anhebung von 0,112 % des BIP in jedem Land handeln. Natürlich wäre die Anhebung in ärmeren Mitgliedstaaten bedeutsamer als in reichen. Hier könnten die Strukturfonds für Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten sorgen und den Ländern helfen, die die größten Anstrengungen unternehmen müssen. In Zeiten der Wirtschaftskrise darf dies nicht als Kostenfaktor angesehen werden, sondern als Investition, denn Menschen, die von Unterstützung leben, werden diese Anhebung des Mindesteinkommens sofort für notwendige Güter und Dienstleistungen ausgeben, wodurch die Wirtschaft des jeweiligen Mitgliedstaats gestärkt wird.